

## Kommission eingesetzt

**FUNKSYSTEM** ft. Der Kanton Zug will sich dem schweizerischen Sicherheitsfunknetz Polycom anschliessen und damit das bestehende Netz ersetzen. Nach 20 Betriebsjahren, so die Regierung, müsse es abgelöst werden. Das neue System diene nicht nur der Polizei und dem Rettungsdienst, sondern allen Organisationen, die sich dem Schutz der Bevölkerung widmen. Wie Regierungsrat Beat Villiger betont, «sprechen verschiedene Gründe für Polycom». Zum Beispiel, dass damit eine unabhängige und gemeinsame Kommunikation und Führung verschiedener Organisationen auf demselben Netz möglich sei. Neu nicht mehr nur kantonale, sondern auch schweizweit. Sie sei im Gegensatz zu heute auch jederzeit verschlüsselt und abhörsicherer. Alle übrigen Kantone haben Polycom beschliessen und zum Teil bereits in Betrieb genommen. Die Gesamtkosten betragen 19,2 Millionen Franken, wobei der Bund einen Beitrag von rund 4,3 Millionen Franken gewährt.

### Vorlage hinterfragt

In den letzten Wochen machte sich Opposition gegen die Vorlage bemerkbar. Allen voran Philip C. Brunner (SVP, Zug) hinterfragte die Vorlage auf Zweckmässigkeit und Kosten. Er reichte deshalb auch eine Kleine Anfrage bei der Regierung ein, weshalb das Geschäft von der aktuellen Traktandenliste genommen wurde. Und nun hat das Büro des Kantonsrates auf Wunsch der Regierung beschliessen, dass eine Kommission das Geschäft vorbesprechen soll. Beat Villiger: «Ich denke, das ist bei der Komplexität der gestellten Fragen auch richtig so. Eine solche technische Debatte im Kantonsrat zu führen, wäre sehr schwierig und wohl kaum zielführend.» Zeitlich sei dies sehr wohl möglich. Fragen könnten sich die verschiedenen Kantonsräte in der Kommission direkt von den Fachleuten beantworten lassen. Schliesslich sei es wichtig, dass der Kantonsrat mit einem guten Gefühl entscheiden könne.

## Fehler im Ferienplan

**ZUG** red. Das Bildungsmagazin «Klick!» ist in allen Briefkästen. Wie immer enthält es Angaben zum Ferienplan der Stadtschulen. Diesmal sind zwei Fehler drin. Richtig ist: die Weihnachtsferien der Stadtschulen dauern vom 22. Dezember bis 4. Januar. Die Sommerferien beginnen am 7. Juli und enden am 19. August.

### HINWEIS

► Die offiziellen Ferien sind auch online unter: [www.stadtschulenzug.ch/de/angebote/ferienplan/](http://www.stadtschulenzug.ch/de/angebote/ferienplan/) ◀

# Sie lernen wie die Grossen

**ZUG** Woher kommt das Geld, und was machen eigentlich die Banken? Antworten liefert eine Vorlesung der besonderen Art.

MIRIAM SCHERER  
redaktion@zugerzeitung.ch

Wo sonst Studenten ihren Dozenten lauschen, nimmt für einmal eine bunt gemischte Rasselbande Platz. Gestern Nachmittag fand die erste Vorlesung der diesjährigen Kinderhochschule an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Zug (PHZ) statt. Die Veranstaltungen drehen sich heuer um das Thema Geld (siehe Box). Bei der ersten Vorlesung steht die Frage «Was ist Wirtschaft, und wozu brauchen wir Geld?» im Zentrum. Simon Amrein, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ), hat dazu einige Antworten für die jungen Teilnehmer vorbereitet.

### Spannende Themen

«Die Referenten lassen sich jeweils etwas Besonderes einfallen», sagt Cornelia Liem, Leiterin Dienstleistungen der PHZ Zug. Deshalb seien die Vorlesungen innovativ und interaktiv. «Die Themen sollten stets einen Bezug zum Kanton haben.» Insbesondere die Wirtschaft spiele in Zug eine wichtige Rolle.

Es sei ihr ein Anliegen, die Vorlesungen vom Schulunterricht abzugrenzen. «Die Themen werden in dieser Form nicht immer in der Schule behandelt.» Zusätzlich seien die Räumlichkeiten anders. «Statt im Klassenzimmer lernen die Kinder im Hörsaal.» Diese Umgebung scheint den Teilnehmern der Vorlesung zu gefallen. Mit weit aufgerissenen Augen und beinahe ehrfürchtig betreten sie den grossen Saal. «Hier ist es aber schön», bemerkt ein Junge.

### Angst vor Diebstählen

Ehe es losgeht, rüsten sich die Kinder mit zwei Muscheln und einem Dossier aus. Es dauert einige Minuten, bis alle ihren Platz gefunden haben und Ruhe einkehrt. «Wir sprechen heute über Geld, ihr habt bereits welches bekommen», sagt Amrein zu Beginn und sorgt für erstaunte Gesichter. Früher habe man mit Muscheln bezahlt, schiebt er als Erklärung nach. In der Folge erhalten die Kinder einen spielerischen Einblick in den Wirtschaftskreislauf. «Wisst ihr, woher das Geld kommt?», fragt Amrein in die Runde, und Dutzende Kinderhände schiessen in die Höhe. «Wir holen das Geld von der Bank», antwortet ein Mädchen mit fester Stimme. Die Banken spielen auch im weiteren Verlauf der Vorlesung eine Rolle. «Wenn unser Sparschwein fast platzt, bringen wir das Geld zur Bank», erklärt Amrein. Die Banken würden unser Geld dann als Kredit an Unternehmen wei-

tergeben. «Ist das nicht so etwas wie Stehlen, wenn die Banken unser Geld einfach weitergeben?», will ein Junge wissen. Man bekomme sein Geld wieder zurück, beruhigt Amrein den Jungen. «Das Gute am Geld sei, dass man es austauschen könne.» «Ausser die Bank geht in Konkurs, dann haben wir ein Problem», wirft ein Mädchen ein. Dem kann Amrein nur zustimmen: «Ein gewisses Restrisiko lässt sich nicht vermeiden.» Die Bank schicke einem aber

Vorlesung war eine Premiere für die Schwestern. «Es überrascht mich, dass man früher mit Muscheln bezahlte», sagt Niv. Und Alette ergänzt: «Ich wusste nicht, dass die Chinesen das Papiergeld erfunden hatten.»

### «Ein gewisses Restrisiko lässt sich nicht vermeiden.»

SIMON AMREIN,  
DOZENT

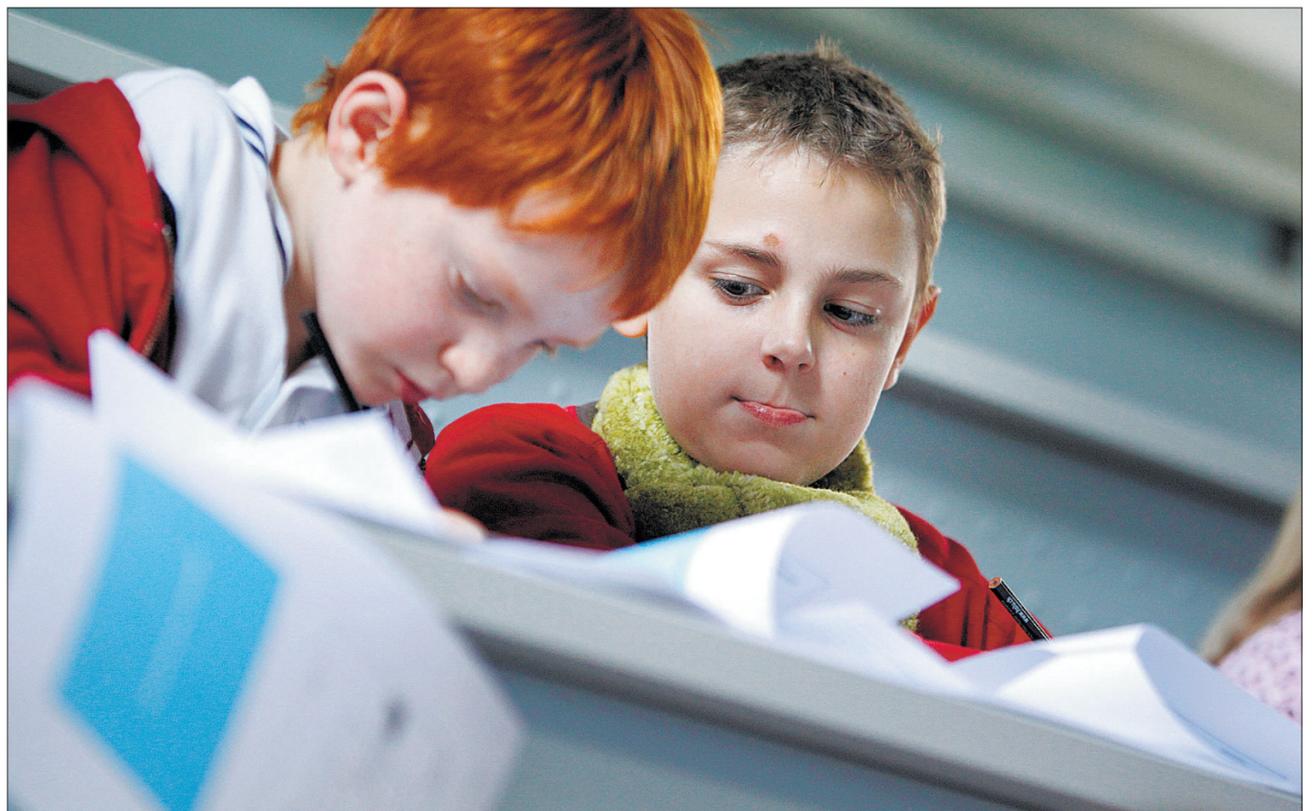
jeden Monat einen Kontoauszug. «So hat man einen Überblick über sein Vermögen.»

### Allgemeine Zufriedenheit

Wie es aussieht, wenn man zu viel Geld hat, zeigt ein Bild von Dagobert Duck. «Wenn zu Hause überall Münzen herumliegen würden, könnte ich meine Schuhe gar nicht finden», bemerkt ein Teilnehmer kritisch. Nach knapp einer Stunde ist die Vorlesung schliesslich vorbei. «Es hat uns sehr gut gefallen», sagen Niv (11) und Alette (8) Schilling aus Steinhausen. Die

## Gold und Sackgeld

**PHZ ZUG** scm. Die Kinderhochschule richtet sich an Schüler der 2. bis 5. Klasse. Die Vorlesungen laufen unter dem Titel «Geld – die wichtigste Sache der Welt?». Die PHZ Zug führt die Veranstaltungen heuer in Kooperation mit dem Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) der Hochschule Luzern – Wirtschaft durch. Die Kinderhochschule findet jeweils mittwochs von 16 bis 17 Uhr statt. Gleichzeitig gibt es ein Programm für die Eltern. Am 2. November wird der sinnvolle Umgang mit Sackgeld thematisiert. Eine Woche später, am 9. November, geht es um die Frage «Gold oder Geld – Was ist echt?». Am 16. November stehen die heimlichen Helden der Wirtschaft im Zentrum. Interessierte können sich bis zehn Tage vor der jeweiligen Vorlesung per Online-Formular unter [www.zug.phz.ch/kinderhochschule](http://www.zug.phz.ch/kinderhochschule) anmelden. Die Teilnahme ist für alle kostenlos.



Die Teilnehmer machen sich fleissig Notizen zum Thema Geld.

Bild Stefan Kaiser

# Gemeinden hoffen, dass der Kantonsrat einlenkt

**ZUG** Die Vormundschaft muss neu geregelt werden. Über die Umsetzung wird das Parlament auch heute wieder streiten.

Schon bei der Vernehmlassung unter den Parteien öffneten sich die Gräben. Die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP konnten dem Vorschlag der Regierung zur Vormundschaft (siehe Box) insgesamt wenig Positives abgewinnen. Als einzige Partei befürwortete die Alternative-die Grünen von Beginn weg die Fachbehörde sowie das Mandatsführungszentrum auf kantonaler Ebene. Und daran hat sich nichts geändert.

Die SVP signalisierte hingegen: «Wir treten nicht auf dieses Geschäft ein.» Und daran hat sich ganz offensichtlich ebenfalls nichts geändert. Die Fraktion ist entschlossen, diesen Antrag auch heute im Kantonsrat zu stellen. «Wir sind gegenüber Zentralisierungen von Zuständigkeiten, die die Autonomie der

Gemeinden beschneiden und das Prinzip der Subsidiarität ausser Acht lassen, grundsätzlich skeptisch eingestellt», hält die Fraktion fest. Auch wenn man sich bewusst sei, dass man eidgenössisches Recht umsetzen müsse, wolle man die Mandatsführung auf keinen Fall zentralisieren, sondern sie bei den Gemeinden belassen.

## Das will die Regierung

**KANTON** ft. Der Bund hat das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht revidiert. Vollziehen müssen das Gesetz bis 2013 nun die Kantone. Der Regierungsrat schlägt eine zentrale Fachbehörde und als Träger-schaft den Kanton vor. Die Behörde soll der Direktion des Innern unterstehen. Neu geregelt wird auch die Mandatsführung. Dafür will die Regierung ein Zentrum mit rund zehn Mitarbeitern schaffen.

Allerdings: Ausgerechnet die Einwohnergemeinden wie auch die Bürgergemeinden sprachen sich in den letzten Monaten einstimmig für den Vorschlag der Regierung, also die Zentralisierung, aus. Und Barbara Hofstetter, sie vertritt die Anliegen der Gemeinden in der Arbeitskommission, hofft heute auf ein Einsehen des Kantonsrates. «Der Vorschlag ist wirklich gut. Wir Gemeinden wollen dies so. Ich hoffe doch sehr, dass die Mehrheit des Kantonsrates dies respektiert und der Gesetzesänderung zustimmt.»

### Kehrtwende der FDP

Gegen den Grundsatz, dass die Aufgaben im Erwachsenen- und Kinderschutzrecht so weit wie möglich selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrgenommen werden, wehrt sich die FDP nicht. Dennoch hat sie nach intensiven Diskussionen eine Kehrtwende gemacht und befürwortet nun die Vorlage. Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) erklärt: «Tatsache ist doch, dass heute verschiedene Gemeinden ihre Mandate ausserkantonale betreuen lassen.» Somit könne man nicht mehr sagen, dass die

Gemeinden «näher bei den Bürgern» seien. Aus diesem Grund befürworte die Fraktion jetzt eine zentrale Mandatsführung. Diese entlaste die Gemeinden, sei effizient und erst noch kostengünstiger. Lötscher: «Natürlich erwarten wir, dass die wichtige private Mandatsführung vom Mandatsführungszentrum mit grösster Sorgfalt und Aufmerksamkeit weitergeführt wird.»

### CVP tut sich schwer, SP ist dafür

Die CVP tut sich hingegen weiterhin schwer. Sie verlangte schon im Vorfeld eine grundlegende Überarbeitung der Vorlage und eine Reduktion der Stellen, damit die Partei auf das Geschäft eintreten könne. Eintreten will man jetzt zwar, doch bezüglich eines Mandatsführungszentrums bleibt man skeptisch.

Eine klare Trennung zwischen Fachbehörde und Mandatsführung ist für die SP unabdingbar. «Sollte die Mandatsführungsverantwortung bei den Gemeinden verbleiben, sollen die Aufgaben auf maximal drei Zentren verteilt werden», hält die Fraktion fest.

Somit ist davon auszugehen, dass diese Gesetzesrevision heute im Kan-

tonsrat keinen leichten Stand hat. Auch wenn die SVP-Fraktion damit rechnet, dass sie mit ihrem Antrag auf Nicht-eintreten kaum erfolgreich sein wird, heisst dies noch lange nicht, dass sie klein beigeben und auf den Kurs der Regierung einschwenken wird. Im Fokus der SVP-Kantonsräte wird dabei vor allem auch die Direktorin des Innern, Manuela Weichelt, stehen. Immerhin lassen dies angekündigte Anträge erwarten. So soll die Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nach Auffassung der SVP beim Gesamtregierungsrat sein und nicht an die Direktion des Innern delegiert werden. «Bei diesen Entscheiden handelt es sich regelmässig um höchst sensible und persönliche Bereiche, weshalb es sich rechtfertigt, dass die Aufsicht beim politisch legitimierten und vom Volk gewählten Regierungsrat bleibt und nicht an eine einzelne Direktion delegiert wird», argumentiert die Fraktion. Ersatzlos streichen will man auch die Kinderschutzgruppe. Sie sei unnötig und führe zu Doppelspurigkeiten.

FREDDY TRÜTSCH  
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch